

Medien

Berichterstatter, Aktivisten und Radikale – Wie sich Untergrundmedien in Zeiten des Internets neu formieren



Aus dem Untergrund an die Oberfläche: die TeilnehmerInnen des 7. taz Panter Workshops Foto: Anja Weber

# Staubige Alternativen

## NETZ Ohne Mainstream kein Untergrund, ohne Öffentlichkeit keine Gegenöffentlichkeit. Doch taugen die Begriffe heute noch?

VON JULIAN KASTEN

Die taz startete Ende der Siebziger mit dem Ziel, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Die Gründer wollten die ihrer Ansicht nach wichtigen Informationen veröffentlichen und den damaligen sozialen Bewegungen ein Sprachrohr bieten. Befreiungskriege in Südamerika oder Atomkraft erschienen im Zweifel wichtiger als eine Landtagswahl. Die taz wollte das thematisieren, was sie in anderen Medien vermisste.

Diese Form von Gegenöffentlichkeit ist heute wohl überholt. Eine überschaubare Medienlandschaft hat sich inzwischen durch den technischen Fortschritt zu einem unüberschaubaren Medienspektakel verwandelt.

Die Menschen haben heute einerseits wesentlich bessere Möglichkeiten, Informationen zu bekommen und Quellen zu überprüfen. Die Internetgemeinde beobachtet und kommentiert die Medien genauer. Andererseits löst sich die strikte Trennung von Sendern und Empfängern langsam auf. Wer vor 30 Jahren auf einen fremden Sender angewiesen war, kann heute leicht selbst publizieren. Das bewirkt eine Zunahme medialer und politischer Selbstorganisation. Die etablierten Medien, zu

denen die taz heute auch zählt, haben heute kaum eine andere Wahl, als sich dem Internet und dem Publikum zu öffnen. Einiges spricht also dafür, Hoffnungen auf eine „bessere“ Öffentlichkeit in das World Wide Web zu setzen.

Allerdings nimmt nur eine Minderheit aktiv am öffentlichen Diskurs teil. Nach wie vor gibt es ein Jenseits und Diesseits der digitalen Welten. Zugangsmöglichkeiten und ungleiche Voraussetzungen vergrößern die Wissensklüfte, auch innerhalb des Internets. Viele Nutzer greifen

lieber auf etablierte Angebote wie Spiegel Online zurück, die die Netzagenda dominieren.

Darüber hinaus sprechen gegen eine globale Verständigung nicht nur sprachliche Barrieren. Ein freier, internationaler Informationsfluss bleibt Mythos. Er wird seit Jahrzehnten von vier Agenturen dominiert, was auch im Internet zu einseitiger Berichterstattung zugunsten der Industrieländer führt. Es spricht also auch einiges dafür, dass das Internet kein Allheilmittel ist. Der Informationskrieg geht im Netz weiter.

Blogger, Netzaktivisten und Subkulturen nutzen nun auch die Möglichkeiten des Internets, Gegenöffentlichkeiten und alternative Medien zu schaffen. Sie grenzen sich ab und stellen ihre Medien selbst her. Das Internet ist dazu das herausragende Werkzeug: Durch dezentrale Netzwerke und geringe Kosten können alternative Medien auf völlig neue Weise organisiert und etabliert werden. Diese neuen Formen und Varianten von Gegenöffentlichkeit sind zwar anders wie die der taz vor 30 Jahren, doch der Begriff und dessen Entwicklung haben ihre Existenzberechtigung nie verloren. Solange eine Öffentlichkeit besteht, wird es einen medialen Untergrund geben, der Alternativkonzepte für notwendig hält.

*Wer vor 30 Jahren auf einen fremden Sender angewiesen war, kann heute leicht selbst publizieren*

# Radikal und illegal

## UNTERGRUNDPRESSE I Linksradikale Debatten finden heute im Internet statt. Doch auch unterm Ladentisch liegt noch manches militante Blatt

VON VOLKER HAASS

Mit mehr oder weniger klaren Aufforderungen zu Gewaltaktionen wollen linke Untergrundmedien den revolutionären Prozess vorantreiben. Der Staat reagiert mit Durchsuchungen von Büchereien und Klagen gegen deren Besitzer. Doch hat sich das klandestine Treiben längst ins Internet verlagert.

„Als militante AktivistInnen der revolutionären Linken zielen wir auf eine praktisch erprobte und erfolgreich umgesetzte Konzeption militanter Politik“, schreibt eine militante linke Gruppe namens „Revolutionären Aktionszellen“ in der radikal Nr. 162. Auf der nächsten Seite findet der Leser eine Bauanleitung für „gasaki – ein kombinierter brand-/sprengsatz niedriger intensität“.

Die Zeitschrift erlebte seit ihrer Gründung 1976 schon mehrere Auszeiten, seit 1984 wird sie klandestin hergestellt und unter der Ladentheke verkauft. Im Sommer 2009 belebte ein neues Redaktionskollektiv die Zeitschrift und brachte seither drei Ausgaben heraus.

Was zeichnet eine Untergrundzeitschrift aus? Nach Auskunft des Verfassungsschutzes aus Köln handelt es sich um solche Publikationen, deren Verfasser und Herausgeber unbekannt sind und die militante Inhalte vertreten oder Bauanleitungen für Sprengsätze beinhalten. Um dem Vertrieb der Hefte zuvorzukommen, durchsuchte die Polizei im Juni vorigen Jahres mehre-

re Buchläden und beschlagnahmte das Periodikum *Interim*. Es folgte ein Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen den Besitzer des „OH 21“, eines linken Buchladens in Berlin-Kreuzberg, welches das Amtsgericht Berlin jedoch einstellte.

„Hier werden die Buchläden als Vorinstanz des Verfassungsschutzes instrumentalisiert“, kritisiert Ulrich von Klinggräb, der Anwalt des Buchhändlers, die Vorgehensweise der Behörden.

KOMMENTAR VON JAN H. CROPP

## Keine Zensur!

Sollten Anleitungen zur Sabotage oder Pamphlete für Militanz zensuriert werden? Nein! Das ist Paternalismus. Es entmündigt die Menschen. Die Menschenwürde darf nicht infrage gestellt werden. Menschen, die dies tun, aktiv zu behindern und Infrastruktur und Institutionen zu diesem Zwecke zu sabotieren ist legitim, manchmal sogar notwendig. Damit wir in den kontinuierlichen Veränderungsprozess unserer Gesellschaften eingreifen können. Und zwar selbstbestimmt. Menschen werden dann in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten vielfältig handeln. Das ist entscheidend. Dieses unterschiedliche Agieren kann dann debattiert und, wenn nötig, entlarvend analysiert werden. Einen solchen Prozess anzustoßen ist eine Notwendigkeit für gesellschaftliche Emanzipation.

Lutz Schulenberg ist Verleger der Edition Nautilus und veröffentlichte unter anderem im vergangenen Jahr die viel diskutierte Streitschrift „Der kommende Aufstand“ in Deutschland. Er sieht es gar als seine publizistische Pflicht an, Texte mit subversivem Inhalt zu verbreiten: „Geschichte wird von Menschen gemacht und der freiheitlich-demokratische Staat ist nicht ihre Endstation.“

Unabhängig von dieser Diskussion hat sich in den letzten Jahren der Großteil linksradikaler Kommunikation ins Internet verlagert. Auch klandestine Printmedien wie *radikal*, *Interim* oder *prisma* veröffentlichten in Blogs oder auf Portalen wie projektwerkstatt.de. Dabei bekommen sie Konkurrenz von anderen Angeboten: „Untergrundzeitschriften spielen für mich keine große Rolle. Internetforen bieten sich heutzutage viel besser für Debatten an“, erzählt einer aus der Antifaschistischen Linken Berlin.

Wie wichtig ist dann überhaupt eine gedruckte Untergrundpresse, wenn das meiste im Netz jederzeit und auf allen Kontinenten zur Verfügung steht? „Innerhalb der linksradikalen Szenen braucht es Medien, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen“, unterstreicht einer von der Roten Hilfe die bleibende Bedeutung des Genres. Dafür sieht er einen einfachen Grund: „Eine Debatte über das ‚Ob‘ oder ‚Wie‘ von politischer Gewalt ist in legalen Medien einfach nicht möglich.“

# Für die Freiheit in die Illegalität

## UNTERGRUNDPRESSE II Wie die unabhängige Presse in Afghanistan der Zensur entkommt – und was die Arbeit im Untergrund für die Journalisten bedeutet

VON MIRKA BORCHARDT UND JONAS WEYROSTA

„Wenn ihr nicht aufhört, bringen wir euch um“ – Sayed Ahmad Hashemi bekam häufig Drohungen dieser Art. Er war Herausgeber der regimekritischen Zeitung *Payman Daily*, die bis 2009 in Afghanistan erschien. Wegen angeblich islamkritischer Inhalte wurde sie vom Obersten Rat der Geistlichen verboten. Bis dahin galt *Payman Daily* als eine der seriösesten und bestinformierten Tageszeitungen Afghanistans.

Grundsätzlich ist Zensur in Afghanistan verboten. Aber das Mediengesetz enthält eine Ausnahme: Islamische Werte dürfen nicht in Frage gestellt werden. „Hier ist viel Interpretationsspielraum“, sagt der Radiojournalist Abasin Azarm, der in Afghanistan mehrere Radiosender mitaufbaute. „Wer eine Redaktion schließen will, findet immer islamkritische Inhalte.“

Es gibt in Afghanistan verschiedene Machtgruppen, Taliban, Warlords, fundamentalistische Islamgelehrte und Regierungsvertreter. Sie alle bekämpfen den freien Journalismus in Afghanistan. „Sie sehen uns als Gefahr, da wir das System kritisieren. Im Grunde kämpfen wir nur für eine Alternative zur korrupten Elite“, sagt Hashemi, der sein Blatt in der „moderaten Mitte“ ansiedelt.

Er und seine Frau Masha Tae, Chefredakteurin von *Payman Daily*, gingen deshalb ins ausländische Exil, um von dort

aus ihren Kampf für eine freie Presse fortzusetzen: In der Internetzeitung „Mahaknews“ schreiben sie weiter über Missstände. Ihre ehemaligen Kollegen befinden sich unterdessen noch in Afghanistan und berichten nun unter Pseudonym für *Mahaknews* weiter.

Wie schützen sich die Journalisten im Untergrund? Sie müssen ständig ihre Handynummer ändern, jede Nacht woanders schlafen und von Print- auf Onlinemedien umsteigen, weil drucken zu gefährlich ist.

Auch in der Illegalität bedienen sich die Journalisten derselben Informationsquellen. Darunter befinden sich auch Informanten aus Regierungskreisen. „Die afghanischen Strukturen

sind für ausländische Berichterstatter nur schwer zu durchschauen. Auch unter Personen in hohen Regierungsämtern befinden sich Karsai-Kritiker“, sagt Hashemi. Für die Unterdrückung der Medien ist nicht allein Präsident Karsai verantwortlich. Warlords, Taliban, Fundamentalisten wie der Oberste Rat der Geistlichen und die Regierung konkurrieren um Einfluss. Um an der Macht zu bleiben, muss Karsai den religiösen Eiferern Zugeständnisse machen: In den meisten Fällen initiiert der Geistlichenrat die Zensurmaßnahmen, weil er keine nackten Arme im Fernsehen sehen will oder sich von westlichen Videoclips gestört fühlt, berichtet der Journalist Azarm. Karsai hingegen halte es nicht zwangsläufig für schädlich, wenn sich die Bevölkerung gut unterhalten fühle.

„Um politisch kritisch zu berichten, wäre es eigentlich nicht nötig, in den Untergrund zu gehen. Das Problem ist religiöse Kritik“, sagt Azarm. Umgekehrt könne das lückenhafte Mediengesetz Karsai als willkommenes Instrument dienen, sich unangenehmer Presse zu entledigen, meint Azarm. Hier sind sich die Mächtigen im Kampf gegen die freie Presse einig: So verhindern sie gemeinsam, dass ihre Verstrickungen in Gewalttaten und Korruptionsfälle aufgedeckt werden können. „Für mich ist der einzige Weg zu einer freien Presse und Meinungsfreiheit die strikte Trennung zwischen Staat und Religion in Afghanistan.“



Illustration: Alan Biehlig